

GEGENSTANDPUNKT & *Diskussion*

(Lokal)Patrioten gegen Nationalisten

Jetzt treten sie also doch in Tübingen an: Ca. 200 Neo-Nazis werden in Tübingen zu einem Aufmarsch erwartet, der das Motto trägt: „TÜBINGEN ROCKEN – ANTIFA STOPPEN“. Die Jungs und Mädels mit der wirklich echten deutschen Gesinnung haben nämlich an Tübingen einiges auszusetzen: „*Tübingen ist seit langem für gewalttätige linke Umtriebe bekannt*“, so verkünden sie, ein Ort „*in dem die gewaltbereite Tübinger antideutsche Antifa ihr Unwesen treibt*“. Da fühlen sie sich berufen, Flagge zu zeigen: „KEINE FREIRÄUME FÜR LINKSEXTREME GEWALTTÄTER – NATIONALE FREIRÄUME ERKÄMPFEN!“ (JN-Aufruf im Internet).

Tübingen ist für Neo-Nazis also ein Ort, wo sich mit Ausländerfreundlichkeit und der Duldung von linken Anti-Nationalisten eine Gefahr für Deutschland und seine „anständigen Inländer“ zusammenbrauen soll, ein Missstand, für den sie sich als Abhilfe empfehlen. Und nun? Wenn es denn wahr wäre, was Oberbürgermeister, Uni-Rektor, Gewerbetreibende und Gewerkschaften in ihren Aufrufen an die Tübinger unterstellen, dass diese als Bewohner der Heimstatt kritischer, weltoffener Menschen Leute vollkommen ablehnen, die von einer „*pseudoreligiösen Wahnidee der Volksgemeinschaft*“ besessen sind, die „*Rassismus*“ predigen und Parolen wie „*Kein Halbmond über Europa*“ schreien: Was würde dann anbrennen, wenn die 200 Nazis durch Tübingen marschieren? Mehr als dass sie ihren martialisch-militanten Nationalismus durch die „Nazifrei Zone Tübingen“ trampeln – und niemand guckt hin –, käme dann ja wohl nicht zustande. Trotzdem, „die Tübinger“ fühlen sich herausgefordert – vom Oberbürgermeister über den Handels- und Gewerbe-Verein und die Gewerkschaften bis zum Waldkindergarten Eichhörnchen. Stadtverwaltung und über 60 Initiativen mobilisieren zu „Gegenaktionen“.

1. „Wehret den Anfängen!“

heißt die Parole gegen die Braunen. – Was soll da eigentlich anfangen? Haben die Neo-Nazis die rechtliche Scheidung von durch Geburt mit allen Staatsbürgerrechten ausgestatteten Inländern und prinzipiell nicht dazugehörigen Ausländern erfunden? Haben sie das „*modernste Zuwanderungsrecht Europas*“ geschaffen, auf dessen Grundlage „*die Bezirksstelle für Asyl die Asylverfahren und Abschiebungen des Regierungsbezirks erfolgreich managt*“? Die Nazis berufen sich auf die „Problemdefinition“ des demokratischen Staates sowie auf die von demokratischen Politikern zuerst proklamierte („das Boot ist voll“) und dann vollzogene Politik gegen Ausländer – und beklagen den mangelhaften Vollzug dieser Politik: Es gibt immer noch so viele Ausländer – ein Neonazi wüsste da praktische Abhilfe.

Haben die Rechten ein Feindbild Islam erfunden? Oder ist das nicht das, was in unserem schönen *demokratischen* Gemeinwesen der „Integrationspolitik“ zugrunde liegt, die jeden Muslim als potentiellen „Gefährder“ unserer „Wertegemeinschaft“ behandelt? Die Jungnazis halten die zur Abwehr undeutscher Neubürger erfundenen Fragebögen für Gesinnungstests für eine einzige Ermunterung an die „Fremden“, sich mit angelernten „Leitkultur“-konformen Antworten in die „deutsche Volksgemeinschaft“ hineinzumogeln. Sie vermissen ein entschiedenes Vorgehen der deutschen Staatsgewalt gegen die „Überfremder“ und wollen das „von vaterlandsvergessenen Politikern Versäumte“ in die eigenen Hände nehmen. In der verbreiteten „Stammtisch“-Stimmung sehen sie einerseits den Beweis, dass ihr Anliegen auf breite Zustimmung „aller anständigen Deutschen“ stößt. Andererseits sind sie mit dem bloßen Gemurre dieser gar nicht schweigenden Mehrheit unzufrieden und wollen sie – auch durch Demos – dazu bringen, aus ihrer Fremdenfeindlichkeit den praktischen Schluss zu ziehen, bei der Nazi-Bürgerinitiative „Ausländer und Ausländerfreunde raus!“ mit anzupacken.

In den Aufrufen zur Gegendemo und zum „Gegenfest“, schmettert ihnen das öffentlich anerkannte Sprachrohr der Tübinger Bürger der Berufskategorie (lohn)abhängig Beschäftigte ein entschiedenes Nein entgegen:

„*Wir wollen uns an jenem Samstag den Nazis in den Weg stellen, damit sie keinen Fußbreit von Tübinger Boden für sich beanspruchen können. Tübingen ist eine internationale Stadt: Die Tübinger Wirtschaft profitiert von internationalen Beziehungen, an der Universität studieren Menschen aus der ganzen Welt. Tübingen ist ein internationales Touristenziel, wovon viele kleine und mittlere Betriebe profitieren.*“ (Aufruf von DGB, IG Metall und ver.di)

Diese „weltoffenen“ Tübinger stehen auf dem Standpunkt, dass die Ausländer, die hier sein dürfen, für Tübingen nützlich sind. Und wenn etwas gut ist für Tübingen, dann hat der/die TübingerIn dafür zu sein. Wenn die Tübinger Wirtschaft von den internationalen Beziehungen profitiert, dann sind diese Beziehungen für alle Tübinger gut, weil man von „der Wirtschaft“ abhängig ist, und sei’s in der Gestalt eines Hungerlohnempfängers, der trotz 50 Std.-Woche kaum über die Runden kommt. Hier werden Leute als „Tübinger“ zu Betroffenen des Nazi-Aufmarsches erklärt, ganz unabhängig davon, was sie davon haben, dass Tübingen „ein Touristenziel“ ist, wenn sie z. B. als Kellner/in zu Niedrigstlohn und von jederzeitigem Rausschmiss bedroht für die Profite der kleinen und mittleren Patrons sorgen „dürfen“. Die Studierenden sollen sich um das weltweite Ansehen „ihrer“ Uni sorgen und darüber ihren Ärger vergessen, dass die ihnen seit neuestem 500 € pro Semester abknöpft. Alle – Arm und Reich, Oben und Unten – sollen sich als Einwohner Tübingens von einem Neonazi-Aufmarsch betroffen

fühlen und für diesen einen Tag Schulter an Schulter die Sauberkeit ihres Heimatstädtchens verteidigen.

Dieser Appell an den Lokalpatriotismus hält den Braunen also nichts weiter als einen alternativen (Volks-)Gemeinschaftsgedanken entgegen, der den der Nazis damit blamieren will, dass er erstens angeblich *für alle nützlich* ist und zweitens auch noch *anständig*, weil er dem Ansehen der Stadt und der Nation dient. Bei Leuten, die ein solches, und sei es auch nur *lokalpatriotisches*, „Wir“ mitmachen, könnte allerdings auch eine faschistische Kritik an der zuständigen Herrschaft auf fruchtbaren Boden fallen: Während die Stadtoberen und ihr DGB das Wohl der Tübinger *Wirtschaft* und das *aller Tübinger* gleichsetzen und die Tübinger Lokalgemeinschaft zur Verteidigung des guten internationalen Ansehens als positiven Standortfaktor aufrufen, propagieren die Braunen, dass die Tübinger und darüber hinaus die ganze deutsche „Volksgemeinschaft“ gerade durch die „Internationalität“ bedroht sei, die die Politiker in Stadt und Land auch noch förderten, anstatt sie einzudämmen. Entsprechend sieht die Bekämpfung der „braunen Gefahr“ aus: Ein anständiges Kollektiv – das von all seinen alltäglichen Geschäften und den daher rührenden Gegensätzen für heute mal absieht – wird unter Anleitung von oben und von der Basis her aktiv, um die (in diesem Fall braunen) Nestbeschmutzer ins Abseits zu stellen. Da kriegen es die Rechtsradikalen mal gezeigt, die meinen, dass das deutsche Volk seine Gemeinsamkeit vernachlässige, sich von laschen Politikern seiner Identität berauben lasse und Volksschädlinge in seinen Reihen dulde. Der Spieß wird umgedreht: Die „*ewig gestrigen*“ Nationalisten sind es, die „unser“ schönes Gemeinwesen beschmutzen und den Erfolg der Tübinger Gemeinschaft gefährden, die doch auf ihrem (inter)nationalen Ansehen beruhe. Diese Sorte Abgrenzung der *anständigen* Volksteile gegen die *unanständigen* Rechtsradikalen gerät zu einer einzigen Feier des ehrenwerten und hochanständigen Kollektivs – namens ‚unsere Heimat‘, in diesem Fall Tübingen.

2. Populismus – Krieg – Rassismus

In diese „Gemeinschaft“ reiht sich auch die Tübinger Linke ein:

Mit ihrer Warnung vor „populistischen Parolen“ drückt sie aus, dass die NPD-Parolen im stinknormalen, demokratisch zugerichteten Bürgerbewusstsein einen Nährboden findet, und auch ihnen fällt da nicht eine Kritik der falschen Gedanken dieser Bürger ein, sondern die Ausgrenzung der Nazis als *unanständig* – bis hin zur Verbotsforderung, also der Aufforderung an die zuständige Obrigkeit, die öffentliche Äußerung von deren Auffassungen mit Gewalt zu unterbinden.

Sie bebildern die „braune Gefahr“ mit dem härtesten Gewaltszenario, das sich der Bürger vorstellen kann: „*Die Ideologie dieser Nazis führt unweigerlich zu Kriegen, wir wollen aber in einer friedlichen Stadt leben und arbeiten*“, meint der DGB. Merkwürdig, führt dieses famose Gemeinwesen Deutschland nicht schon dauernd Krieg?! Ganz ohne diese Ideologie, nur für Freiheit, Marktwirtschaft, Demokratie und Menschenrechte wird „Deutschland am Hindukusch verteidigt“, sind deutsche Jungs von Ostasien bis Zentralafrika kriegerisch tätig – pardon in Friedensmissionen unterwegs.

Ein „*ökonomischen Interessen folgender Nützlichkeitsrassismus, der scharf zwischen einer nützlichen Eliten- oder Arbeitsmigration und einer unnützen Armuts- und Fluchtmigration trennt*“, wird im „Aufruf zum Protest gegen den Neonazi-Auflauf“ der demokratischen Ausländerpolitik vorgeworfen. Zu Recht! Aber kennt eine demokratische Staatsgewalt nur im Umgang mit Immigranten das Kriterium der Nützlichkeit für den Wirtschaftsstandort? Demokratische Wirtschafts- und Sozialpolitik sorgt schließlich für Verhältnisse, in denen die Lebensumstände *aller* ihrer Bürger von deren Brauchbarkeit für die Geldvermehrung abhängen. Wer diesem Zweck nicht dienlich ist, soll auch nicht essen, jedenfalls nicht so viel wie die Brauchbaren. Mit dieser durchgesetzten Variante von Arbeit, die allein frei macht, stellt der kapitalistische Staat den „*Ethnorassismus*“ der Nazis glatt in den Schatten.

3. Antifa...

All die Gemeinheiten, die z. B. der „Aufruf zum Protest gegen den Neonazi-Auflauf“ an der Politik dieses Landes benennt, sind nicht mehr als Gründe für Gegnerschaft zu *ihr* gemeint, wenn braune Konkurrenten um die Macht im Staate auftauchen. Mit ihrer Parole „Wehret den Anfängen!“ rechnen Antifaschisten jedes Auftreten von Rechtsradikalen zu einer Lage hoch, in der es um so etwas gehen soll wie um die Rettung der Weimarer Republik vor einem Hitler. Antifa ist eine Denkkungsart, die alles, was passiert, unter eine moralische Letztfrage subsumiert, die nur eine Antwort duldet, und zwar eine doppelte: 1. *anti* Faschismus + 2. *pro* Demokratie. Diese unsere Kritik am Antifa-Standpunkt ist keineswegs eine Verharmlosung des Faschismus. Umgekehrt aber ist Antifa eine Verharmlosung der herrschaftlichen Leistungen, die die Demokratie an der Macht daheim und auswärts zustande bringt.

Wir finden, diesen Persilschein hat die Politik nicht verdient! Darüber möchten wir gerne diskutieren – am

Di, 24.07.2007
19:00 Uhr

Warum können Demokraten Faschisten nicht kritisieren?
Tübingen, Wohnprojekt Schellingstr. 6, Hausbar im Keller

Lesetipp: Konrad Hecker: Der Faschismus und seine demokratische Bewältigung.

GEGENSTANDPUNKT-Verlag. ISBN: 3-929211-02-5